

Eidgenössisches Finanzdepartment EFD
Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail: Vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 12. Juni 2019

Vernehmlassung: Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung vom 27. Februar 2019, uns an der Vernehmlassung Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen zu beteiligen. Wie Alliance Sud bereits in vergangenen Debatten zum AIA und den Schweizer Umsetzungen des Gemeinsamen Meldestandards der OECD (GMS) festgehalten hat, entgegen den Entwicklungsländern durch die Steuerflucht ins Ausland jedes Jahr Milliardenbeträge, die ansonsten zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit für die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und die Klimafinanzierung genutzt werden könnten. Alliance Sud begrüsst deshalb die erneuten Bemühungen des Bundesrates, die Schweizer Steuerpolitik im Bereich der in der Schweiz verwalteten ausländischen Vermögen den geltenden internationalen Standards von OECD und G20 anzupassen.

Alliance Sud, die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks, engagiert sich in der Schweiz für eine transparente und entwicklungspolitisch kohärente Steuerausienpolitik. Auf der internationalen Ebene setzen wir uns im Verbund mit zahlreichen Netzwerkpartnern für dasselbe Ziel ein.

Alliance Sud begrüsst es, dass der Bundesrat mit den vorliegenden Entwürfen zur Anpassung des AIA-Gesetzes (AIAG) und der AIA-Verordnung (AIIV) an die aktuellen Empfehlungen des Global Forums on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes (Global Forum) weiterhin bemüht ist, die internationalen Standards im Bereich der Steuertransparenz von Finanzkonten umzusetzen. Alliance Sud besteht aber weiterhin darauf, dass sich die Schweiz als nach wie vor grösster Offshore-Finanzplatz aktiv darum bemüht, möglichst vielen Entwicklungsländern den Zugang zum AIA-System zu ermöglichen. Im vorliegenden Entwurf zur Revision des AIAG wird der Bundesrat diesem Anspruch insbesondere deshalb nicht gerecht, weil er in Übereinstimmung mit dem GMS für die Schweiz das Recht reklamiert, Datenlieferungen an jene Mitgliedsländer des „Multilateral Competent Authority Agreement (MCAA)“ vorübergehend auszusetzen, die die Voraussetzungen des AIA-Standards nicht erfüllen. Gleichzeitig besteht der Bundesrat darauf, dass die Schweiz von diesen Ländern auf der Basis des Nicht-Reziprozitätsprinzips des GMS weiterhin Daten erhalten soll. Dieses Prinzip der Nicht-Reziprozität

sollte nach Ansicht von Alliance Sud von der Schweiz auch umgekehrt angewendet werden: Die Schweiz sollte sich also bereit erklären, für eine erste Phase des Datenaustauschs auch ihrerseits einseitig Daten an Partnerländer zu liefern, die auf Grund technischer oder rechtlicher Hindernisse nicht fähig sind, ebenfalls Daten an die Schweiz zu liefern. Dies würde es insbesondere verschiedenen Entwicklungsländern erleichtern, effizient gegen Steuerflüchtlinge vorzugehen und gleichzeitig ihre Steuerbehörden so weiterzuentwickeln, dass sie die technischen und administrativen Bedingungen für einen dauerhaften AIA erfüllen können. Die Schweiz sollte aus der Sicht von Alliance Sud aus denselben Gründen auch aktiv und über eine Mitfinanzierung dieses OECD/UNDP-Programmes hinaus am Projekt „Tax Inspectors without Borders“ (TIWB) teilnehmen und die international renommierte Expertise der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) in den relevanten Bereichen über ihre Fachleute auch personell in TIWB-Projekte einbringen. Die nötigen Grundlagen dafür hat der Bundesrat mit dem entsprechenden Rahmenwerk über die technische Unterstützung zwischen SIF und ESTV bereits im Oktober 2017 geschaffen. Bisher kam dieses aber im Zusammenhang mit dem AIA nicht zum Tragen. Die ist zu ändern. Zudem ist der Aufbau sogenannter AIA-Pilotprojekte im Rahmen des entsprechenden OECD-Outlines eingehend zu prüfen. Alliance Sud bedauert, dass der Bundesrat bisher keine Schritte in diese Richtungen unternommen hat und auch diese Vernehmlassung nicht als Gelegenheit dafür begreift. Er bleibt damit weiterhin hinter seinen eigenen Zielen der Politik-Kohärenz für nachhaltige Entwicklung zurück.

Mit freundlichen Grüßen,

Alliance Sud



Dominik Gross

Fachverantwortlicher Internationale Steuer- und Finanzpolitik